

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

20. März 1951.

212/A.B.

zu 226/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

Im Nachhange zur Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Marianne P o l l a k, Wilhelmine M o i k, L a c k n e r und Genossen, betreffend die Durchführung eines Beschlusses des Nationalrates hinsichtlich der Bestrafung der Übeltaten, die im Zustand der Trunkenheit begangen wurden, hat Bundesminister für Justiz Dr. T s c h a d e k dem Präsidenten des Nationalrates folgenden Erlass an alle Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften (Zl. 10.693/51) übermittelt:

"Der Nationalrat hat am 8. Dezember 1950 anlässlich der Beratung des Bundesfinanzgesetzes eine vom Finanz- und Budgetausschuss empfohlene Entschliessung angenommen - Nr. 262 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, VI. G. P., und stenographisches Protokoll der 38. Sitzung des Nationalrates am 8. Dezember 1950 -, wonach der Bundesminister für Justiz ersucht wird, dem Nationalrat eine Novelle zum Strafgesetz vorzulegen. Zweck der Novellierung hätte es zu sein, die Möglichkeit auszuschliessen, dass selbstverschuldete Trunkenheit eines unmittelbaren Täters oder Mitschuldigen als Milderungsgrund beurteilt werden könne. Ferner wären besondere Strafbestimmungen für den Fall zu schaffen, dass jemand in trunkenem Zustand eine Tätigkeit ausübt, die besondere Aufmerksamkeit erfordert, sollen nicht andere Personen gefährdet werden; desgleichen für den Fall, dass jemand durch Trunkenheit Strassenbenützer einer Gefahr aussetzt.

Durch den Beschluss des Nationalrates wird das schwierige Problem aufgeworfen, welche strafrechtlichen Folgen, über das geltende Recht hinaus, an Übeltaten in Trunkenheit sowie an das Betrinken an sich geknüpft werden sollen. Es handelt sich hierbei um Fragen von grosser, nicht bloss kriminalpolitischer, sondern auch sozialhygienischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Die rechtliche Behandlung Trunksüchtiger und solcher Personen, die in trunkenem Zustand strafbare Handlungen begehen, ihre etwaige Anhaltung in Heilstätten, ihre Bestrafung, steht auch in Zusammenhang mit der gerade sehr aktuellen Frage der Behandlung von Geisteskranken, die zu Übeltaten neigen. Es ist nicht zu übersehen, dass entsprechende kriminalpolitische und medizinische Massnahmen gegen derartige Personen einen erheblichen finanziellen Aufwand bedingen.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 20. März 1951.

Die Lösung des Problems bedarf daher reiflicher Überlegung, des Studiums der Gesetzgebung in anderen Ländern, vor allem in den Nachbarländern, sowie des Einvernehmens mit allen beteiligten und interessierten Stellen. Bis zur Einbringung einer dem Beschlusse des Nationalrates entsprechenden Regierungsvorlage wird aus diesen Gründen noch einige Zeit verstreichen.

Da jedoch die Zahl von Straftaten, die im Zustande der Trunkenheit begangen werden, darunter auch sehr schwere, in stetem Wachsen begriffen ist, müssen zunächst alle möglichen Gegenmassnahmen im Rahmen der geltenden Gesetze ergriffen werden. Im Bereiche der Strafjustiz werden diese darin bestehen, durch strenge Handhabung der einschlägigen Strafbestimmungen auf den einzelnen und die Allgemeinheit abhaltend zu wirken, bis zweckentsprechende neue Straf-, Besserungs- und Sicherungsmittel geschaffen wurden.

Die Anklagebehörden werden daher angewiesen, in allen Strafverfahren, deren Gegenstand im Zusammenhang mit Trunkenheit des unmittelbaren Täters oder eines Mitschuldigen stehende Übeltaten sind, auf eine strenge Bestrafung zu dringen, erforderlichenfalls den Rechtsmittelweg zu beschreiten. Soweit nicht die Bestimmungen der §§ 46, 47 und 264 Strafgesetz entgegenstehen, wird die Eignung der Trunkenheit als besonderer Erschwerungsumstand nachdrücklich hervorzuheben sein; insbesondere im Schlussvortrage des Anklagevertreters vor Schöffensenaten und Geschwornengerichten wird die kriminalpolitische Bedeutung der Trunkenheit und das Erfordernis ihrer Bekämpfung auch durch die Strafgerichte ausführlich zu erläutern und den Laienrichtern zu verdeutlichen sein.

Über Fälle von besonderer Bedeutung ist im vorgeschriebenen Wege über die in Aussicht genommene Behandlung des betreffenden Strafverfahrens Bericht zu erstatten.

Gleichzeitig werden die Anklagebehörden angewiesen, auch bei Verfolgung von Verkehrsunfällen, deren Zahl im Zusammenhang mit der Entwicklung des Strassenverkehrs bedenklich zunimmt, für eine strenge Bestrafung der Schuldigen zu sorgen, vor allem die Fahrezflucht und unterlassene Hilfeleistung durch die Schuldtragenden als wichtigen Erschwerungsumstand geltend zu machen."

-.-.-